

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### Abrüsten ist ökonomisch

„Muß eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben zwangsläufig zu Krise und Massenarbeitslosigkeit führen?“ Diese Frage untersucht außerordentlich gewissenhaft Dr. *Theodor Prager* in einem Aufsatz „Abrüstung und Krisenangst“, der im Dezemberheft der Zeitschrift *Arbeit und Wirtschaft* erschienen ist, die vom Österreichischen Arbeiterkammertag gemeinsam mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund herausgegeben wird.

Dr. Prager zeigt zunächst an einigen Beispielen, daß eine Kürzung der Rüstungsausga-

ben durchaus nicht eine Krise auslösen muß — und daß umgekehrt eine Krise sehr wohl kommen kann, auch wenn die Rüstungsausgaben nicht gekürzt werden, ja sogar bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Rüstungsausgaben: „Rüstung schützt vor Krise nicht.“ Rüstung — so fährt Dr. Prager in seiner Beweisführung fort — ist konjunktur-, aber auch krisenfördernd.

Dann umschreibt er den anderen Weg: „Abrüsten ist ökonomisch. Eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben ist nicht nur notwendig zur Verminderung der Kriegsgefahr, sondern auch, damit Hilfsquellen für andere, bessere Zwecke freigesetzt werden können: für die Beseitigung des Elends, die Hebung des Wohlstands, für die weitere Entwicklung der

Produktivkräfte, für soziale und kulturelle Zwecke aller Art. Aber wie soll das geschehen, wie soll vermieden werden, daß die Abrüstung einfach zur Brachlegung der freigewordenen Mittel und Hilfsquellen führt? In erster Linie durch eine ausgiebige Erhöhung der produktiven und Sozialausgaben des Staates. Nicht notwendigerweise im vollen Ausmaß der eingesparten Rüstungsausgaben. Diese werden heute zu einem großen Teil durch Massensteuern aller Art hereingebracht. Eine Ermäßigung dieser Steuern würde sofort und unmittelbar die verfügbaren Einkommen der Steuerzahler erhöhen und ebenso unmittelbar für Konsumausgaben verwendet werden. Die Konsumgüterindustrien wären besser ausgelastet und würden mehr investieren.“

„Eine ähnliche Wirkung“, fährt Dr. Prager fort, „würde von der Erhöhung der Sozialausgaben des Staates ausgehen in Gestalt höherer Zuwendungen an Rentner, Arbeitslose, Kriegsveteranen usw. Die Förderung des Wohnungsbaues durch staatliche Zinszuschüsse und ähnliche Subventionen würde die Bauwirtschaft stützen und beleben. Ebenso die stärkere Beteiligung der lokalen Körperschaften mit Mitteln zum Bau von Schulen, Spitälern usw. Die Verbesserung und Ausgestaltung des Verkehrswesens, der Straßen, Untergrund- und Schnellbahnen, der Hafenanlagen usw. erfordert riesige Mittel und ist ein dringendes Bedürfnis. Staudämme, Elektrizitätswerke, Bekämpfung der Bodenerosion, Aufforstung usw. geben ein großes und fruchtbares Feld für produktive Investitionen ab. — Alles das gibt es natürlich bereits, aber in viel zu geringem Ausmaß. Nicht nur in Österreich, auch in den USA klagen die zivilen Ressorts über Mangel an Mitteln, um auch nur die dringendsten Vorhaben durchzuführen.“

Dann fragt Dr. Prager: „Würde aber auch die großzügigste Inangriffnahme solcher Projekte ausreichen, um eine Krise abzuwenden, um den unmittelbaren Schock einer drastischen Verminderung der Rüstungsausgaben abzufangen?“ Hier knüpft nun der Verfasser an die Erfahrung des Roosevelt'schen *New Deal* der dreißiger Jahre an. Nach kritischer Durchleuchtung der Schwächen des *New Deal*, die vor allem „in seinen unzureichenden Ausmaßen“ und darin lagen, daß man vor Maßnahmen gegen Preistreiberei und vor anderen Eingriffen in die Domänen des Großkapitals zurückscheute, kommt Dr. Prager zu dem Ergebnis:

„Heute würde ein *New Deal* vom damaligen Ausmaß erst recht nicht ausreichen, um die amerikanische Wirtschaft auf vollen Touren zu halten. Es müßte schon ein *Hyper-New-Deal* sein, um die gewaltigen Rüstungsausgaben ersetzen zu können. Aber warum auch nicht? Warum sollten heute Staatsausgaben und Budgetdefizite für soziale und produktive Zwecke schrecklicher sein als solche, die vorwiegend der Rüstungsfinanzierung dienen? Notabene, wo sich Straßen eher amortisieren als Militärstütz-

punkte, Schulen und Spitäler eher als Schießplätze, Röntgenapparate eher als Radargeräte (und auch Mondraketen noch immer eher als Raketenwaffen!) ...“

In einem nächsten Kapitel unter dem Titel „Ein neuer Investitionsstachel“ wendet sich Dr. Prager gegen die Ansicht, die Wirtschaft der USA sei bereits weitgehend „saturiert“ und die Triebkräfte für weiteres Wachstum erschlaft. Im Gegenteil: „Die fortschreitende Monopolisierung hat die industrielle Forschungs- und Entwicklungstätigkeit eher gefördert, und die Konkurrenz der Konzerne untereinander (eine monopolistische, aber deswegen nicht weniger intensive Konkurrenz) sorgt auch für die Auswertung und Anwendung der neuen Verfahren. Dazu kommt die massive wirtschaftliche Herausforderung' der Sowjetunion, die neue Konkurrenz der Systeme — nicht zuletzt auch um Ansehen und Geltung in den sogenannten unterentwickelten Ländern, die sich als mächtiger Stimulus zu erweisen beginnt und das anscheinend saturierte Amerika zu neuen Anstrengungen und Leistungen gerade auf solchen Gebieten anspornt, wo es bisher unangefochten die Führung einnahm: in Produktionstechnik und Lebensstandard . . . Ein neuer Nachholbedarf ist entstanden, der sich der Natur der Sache nach ständig erneuern und massive Investitionen nach sich ziehen wird. Gewiß kann man sich nicht darauf verlassen, daß deswegen die Konzerne spontan, von sich aus, im nötigen Ausmaß investieren werden. Sie taten es auch bisher nur mit umfassender staatlicher Hilfe, mittels riesiger Steuerbegünstigungen, Risikogarantien und allerhand versteckter Zuwendungen und Subventionen. In Hinkunft und in Ermangelung entsprechender Rüstungsaufträge wird der Staat vielleicht noch mehr tun müssen — bis zu dem Zeitpunkt, wo (per impossibile) die Überzeugung sich auch in den USA durchsetzt, daß die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien rationeller ist und billiger kommt . . .“

„Für uns in Europa liegen die Dinge einfacher“, sagt Dr. Prager abschließend: „Hier ist die Rüstung schon die längste Zeit ein Mühlstein um den Hals der Wirtschaft. Wieviel mehr könnte England für die Neuausrüstung seiner von der Konkurrenz bedrängten Industrie, wieviel mehr könnte Italien für seinen unterentwickelten Süden, wieviel mehr könnten Frankreich, Österreich und Westdeutschland für Wohnbau, Verkehrs-, Gesundheits-, Erziehungswesen tun, wenn man sich die Rüstung ersparen könnte. Hier gibt es aber auch gewisse strukturelle Unterschiede gegenüber den USA, die das Problem vereinfachen würden, wie z. B. die Verstaatlichung bedeutender Teile der Grundstoff- und Schwerindustrie, des Verkehrswesens usw., die eine langfristige und planmäßige Investitionspolitik viel eher gestatten und — man möchte hoffen — auch weniger Widerstand gegen die Streichung von ebenso einträglichen wie kostspieligen Rüstungsaufträgen erwarten lassen.“

### Besitzkonzentration größten Ausmaßes

Unter dem Titel „Der legale Handstreich“ äußert sich das von *Hanns Lilje* herausgegebene Hamburger *Sonntagsblatt* im Leitartikel der Nr. 50 zu der jüngsten Aktion der Großaktionäre *Flick* und *Stinnes*, die „sich der freien Aktionäre in der Feldmühle Aktiengesellschaft entledigten und in Zukunft in diesem Unternehmen allein herrschen werden“:

„Flick und Stinnes haben das Umwandlungssteuergesetz in Verbindung mit dem Aktiengesetz bis zur letzten Konsequenz ausgenutzt. Man kann ihnen schlecht vorwerfen, daß sie sich wirtschaftliche Großherzogtümer schaffen, in denen sie allein herrschen wollen, denn der Gesetzgeber selbst öffnet ihnen Tür und Tor dazu . . . Genau zur gleichen Zeit, in der die größte Regierungspartei und die Bundesregierung alle Anstrengungen machen, das Eigentum breit zu streuen, vollzieht sich unter dem Schutz von Gesetzen, die dieselbe Regierungspartei beschlossen hat, eine Besitzkonzentration größten Ausmaßes. Aktien, die bisher in den Händen einer — wenn auch einflußlosen — Minderheit waren, wandern nun in die Portefeuilles zweier Großaktionäre. Das geschieht in einer Zeit, in der die Volksaktie propagiert, die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht bekämpft und eine Aktienrechtsreform vorbereitet wird, die dem Kleinaktionär mehr Rechte einräumen soll. Inzwischen ist der Kleinaktionär, das lehrte auch seine Ausbootung bei Knorr in Heilbronn, eifrig auf dem Rückzug.

Wunsch und Wirklichkeit klaffen wieder einmal weit auseinander. Die Abgeordneten kämpfen sich mühsam von Gesetz zu Gesetz durch. Ihr Pensum ist wahrlich nicht klein. Aber es scheint, als fehle ihnen das Konzept, in das sich alle ihre Beschlüsse widerspruchslos einfügen.“

### Hinweise

Die Zeitschrift *Das Mitbestimmungsgespräch* (Düsseldorf) veröffentlicht in ihrem November-

Dezemberheft die drei wichtigen Vorträge, die auf der Veranstaltung der Hans-Böckler-Gesellschaft am 28. Oktober 1959 im Landtag zu Düsseldorf gehalten wurden. Prof. Dr. *Carlo Schmid* sprach dort über „Demokratie und Mitbestimmung“, Dr. *Peter von Oertzen* über „Der Mitbestimmungsgedanke in der deutschen Arbeiterbewegung“ und Dr. *Erik Boettcher* über „Der moderne Arbeitnehmer und die Mitbestimmung“. Es ist sehr zu begrüßen, daß wir jetzt diese ungemein anregenden Referate in Ruhe nachlesen können. Ein Bericht über ein Wochenseminar der Stiftung Mitbestimmung und ein weiterer über die Mitgliederversammlung 1959 der Hans-Böckler-Gesellschaft runden das Heft ab.

Die deutschen Konsumgenossenschaften haben eine großangelegte Hilfsaktion für Indien begonnen. In diesem Zusammenhang ist die Nr. 47 der in Hamburg erscheinenden konsumgenossenschaftlichen Rundschau *Der Verbraucher* sowohl der näheren Erläuterung dieser Hilfsaktion wie der Rolle der Genossenschaften in Indien gewidmet. Daß die Konsumgenossenschaften sich überhaupt in verstärktem Maße den Problemen der Entwicklungsländer zuwenden, beweist auch die Nr. 48 des *Verbraucher*; dort berichtet Prof. Dr. *Egner* über das Genossenschaftswesen in Peru.

*Jürgen Seifert*, *Arno Klönne* und *Michael Vester* haben mit der Herausgabe einer Zeitschrift *Pläne* begonnen, die Materialien zur Meinungsbildung über kulturelle und politische Fragen veröffentlichen will. Die erste Nummer enthält eine Reihe interessanter Untersuchungen und Informationen über politische Schülerarbeit, Praxis der Gegenwartskunde, „Die Freiheit der Jugendverbände und das öffentliche Geld“ u. a. (Pläne-Presse Michael Vester, Hamburg, Schlüterstraße 58). W. F.